



Demokratie wieder neu erklären

CDU-Finanzexperte Carsten Brodessor: Vollkasko mentalität entgegenwirken

Als direkt gewählter Abgeordneter (43,7 Prozent der Erststimmen) vertritt Dr. Carsten Brodesser (CDU) den Oberbergischen Kreis im 19. Bundestag. Der studierte Diplom Volkswirt schloss im Jahre 2011 zusätzlich ein nebenberufliches Studium mit der Promotion zum Dr. phil. ab.

Vor seiner Berufung in den Deutschen Bundestag war Carsten Brodesser Regionaldirektor und Prokurist einer Bausparkasse. Seine berufliche Qualifikation war unter anderem mit ausschlaggebend für seine Entsendung in den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, dessen ordentliches Mitglied er ist. Außerdem ist der CDU-Politiker stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Petitionsausschuss. Über seine finanz- und gesellschaftspolitischen Ansichten sprach Carsten Brodesser mit Hans-Peter Murmann.

? Der Ökonom Arthur Laffer hat einen Zusammenhang zwischen Steuersätzen und Steueraufkommen hergestellt: Von einem bestimmten Punkt an, das zeigt die „Laffer-Kurve“, wächst das Steueraufkommen nicht mehr, wenn man die Steuersätze weiter erhöht; es kann sogar sinken – nämlich dann, wenn die Besteuernten den Eindruck haben, dass sich Leistung nicht mehr lohnt. Anders gesagt, wenn der Arbeitnehmer von jedem zusätzlich verdienten Euro mehr als die Hälfte an Fiskus und Sozialversicherung abgeben muss – und das ist schon bei einem Durchschnittsverdiener der Fall –, verzichtet er auf das Geld und entscheidet sich für mehr Freizeit. Wäre es nicht gerade für die Mitglieder des Finanzausschusses eine reizvolle Aufgabe, sich einmal mit der sogenannten „Laffer-Kurve“ zu beschäftigen?

Dr. Carsten Brodesser: Die Thesen des Ökonomen Arthur Laffer sind den meisten Mitgliedern des Finanzausschusses bekannt. Es ist in der Tat so, wenn ein Arbeitnehmer mehr als 50 Prozent seines Verdienstes an den Fiskus und an die Sozialversicherung weitergeben muss, sinkt natürlich die Bereitschaft, seine individuelle Arbeitsleistung zu erhöhen. Soll heißen: Das Grenzangebot an Arbeit sinkt rapide. Ich möchte diese Entwicklung an den geringfügig beschäftigten Arbeitsverhältnissen, also den 450-Euro-Jobs, festmachen. Für diese Arbeit führt der Arbeitgeber pauschal die Beiträge beziehungsweise Steuern ab, ohne

den Arbeitnehmer zu belasten. Diese Arbeitsverhältnisse sind ein gutes Beispiel dafür, dass Arbeitnehmer bereit sind, zusätzliche Arbeit zu leisten, wenn sich dies finanziell rechnet. Deshalb bin ich auch strikt dagegen, an diesen Arbeitsverhältnissen zu rütteln, wie dies immer wieder von den Linksparteien ins Gespräch gebracht wird. Insofern ist es richtig, dass jede Steuer- oder Abgabenerhöhung ab einem gewissen Punkt zu kontraproduktiven Effekten führt. Für uns Unionspolitiker ist das ein Dauerthema. Leider hat aber unser Koalitionspartner da eine andere Sicht der Dinge.

? Bundesfinanzminister Scholz will eine Steuervergünstigung abschaffen, von der bislang mutmaßlich hunderttausende Arbeitnehmer profitieren. Es geht um sogenannte Sachbezugskarten, mit denen Firmen ihre Mitarbeiter steuerfrei eine geldwerte Belohnung im Wert von monatlich bis zu 44,00 Euro zukommen lassen dürfen. Diese Sachbezugskarten funktionieren wie vorausbezahlte Kreditkarten. Die Begünstigten können damit fast überall einkaufen. Die Einkäufe mit den Karten kommen größtenteils dem Einzelhandel zugute. Wenn die Unternehmen auf Gutscheine ausweichen müssen, profitiert künftig vor allem Amazon, sagt unter anderem die Mittelstandsvereinigung. Was sagt Carsten Brodesser zu den Scholz-Plänen?

Dr. Carsten Brodesser: Ich schließe mich voll und ganz der Haltung

der Mittelstandsvereinigung an. Ich bin daher sehr zufrieden, dass wir diesen Punkt aus dem aktuellen Entwurf des Jahressteuergesetzes 2019 streichen konnten.

? Mit dem Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch wollen Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit verbessern. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um das gesteckte Ziel zu erreichen?

Dr. Carsten Brodesser: Vor allem ist vorgesehen, die Personaldichte beim Zoll zu vergrößern. Geplant sind fünf neue Standorte, um so eine höhere Kontrolldichte zu erreichen. Zwei Bereiche stehen dabei besonders im Focus: Das Baugewerbe und der Gastronomiebereich. Ich begrüße sehr, dass das Gesetz auch den Sozialleistungsmissbrauch eindämmen will. Ich meine, wenn unter Vorspielen falscher Tatsachen ein Aufenthaltsnachweis erschlichen wird, wenn Scheinarbeitsverhältnisse gegründet werden und wenn Kindergeldzahlungen unberechtigt ins Ausland erfolgen. Außerdem halte ich es für unzumutbar, wenn Kindergeldzahlungen zum Beispiel nach Rumänien nicht den dortigen Verhältnissen entsprechen, sondern nach deutscher Größenordnung erfolgen. Ein Ärgernis wie ich finde.

? Die Hightech-Strategie 2025 ist nach Worten der Bundesregierung ein wichtiger Beitrag des Staates, damit deutsche Produkte

„Jede Steuer- oder Abgabenerhöhung führt zu kontraproduktiven Effekten.“



und Dienstleistungen auch zukünftig zur Weltspitze gehören. Welche Schwerpunkte setzt die Hightech-Strategie 2025?

Dr. Carsten Brodesser: Wolfgang Bosbach hat einmal gesagt: „Wenn du nichts im Boden hast, musst du was in der Birne haben.“ Dieser Spruch hat über viele Jahrzehnte in Deutschland Gültigkeit gehabt und muss meines Erachtens in der Zukunft auch weiterhin gelten. Kreativität und Pioniergeist fallen aber nicht vom Himmel, sondern müssen gefördert werden. Die Förderung fängt bei einer vernünftigen Bildung an. Naturwissenschaftlicher Unterricht ist kein Teufelszeug, sondern die Grundvoraussetzung dafür, dass 10 Jahre später eine Ingenieurleistung entsteht. Wichtig ist auch die Hochschulförderung. Wir müssen mit staatlicher Unterstützung die Forschungsstandorte ausbauen, weil wir im internationalen Wettbewerb stehen und wir leider immer wieder feststellen müssen, dass talentierte junge Forscher nach Abschluss ihres Grundstudiums sich aus Deutschland verabschieden. Und wir müssen den Unternehmen für die Forschungsförderung steuerliche Rahmenbedingungen schaffen. Die SPD

„Die untergegangene DDR hat doch sehr deutlich gezeigt, zu welchen Verwerfungen die Planwirtschaft und die Verstaatlichung von Privateigentum führt.“

möchte in diesem Zusammenhang die Forschungsinstitute fördern, wir von der Union dagegen die Unternehmer durch steuerliche Anreize fördern. Als besonders wichtige Infrastrukturmaßnahme sehe ich den Bereich der Digitalisierung. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass wir nicht an der Spitze der Entwicklung stehen, sondern der Entwicklung hinterherlaufen. Wir stehen uns vielfach mit einer Überbürokratisierung selbst im Wege. Dem will die Hightech-Strategie 2025 gegensteuern.

? Beunruhigt es Sie nicht, wenn führende Köpfe des Koalitionspartners SPD das Recht auf Eigentum an Immobilien zur Disposition stellen und der Juso-Vorsitzende Kühnert darüber fabuliert, dass jeder Bürger nur die eine Wohnung besitzen dürfe, die er selbst bewohnt?

Dr. Carsten Brodesser: Für derartige Gedankenspiele haben die Sozialdemokraten bei den letzten Landtagswahlen ja eine deutliche Quittung erhalten. Vielmehr beunruhigt mich allerdings, dass die Bündnisgrünen ähnliche Phantasien entwickeln, dafür vom Wähler aber nicht abgestraft werden,

obwohl uns die untergegangene DDR doch sehr deutlich gezeigt hat, zu welchen Verwerfungen die Planwirtschaft und die Verstaatlichung von Privateigentum führt. Und den für Berlin vorgeschlagenen Mietdeckel, halte ich für einen Treppenwitz.

? Ein Schweizer Kommentator verglich die EU unlängst mit einem Kreditkartenkonto: „Einer (die Deutschen) zahlt ein. Die Anderen heben ab.“ Der Witz an der Geschichte: Die Ärmeren haften für die Reicheren. Während das deutsche Vermögen pro Kopf einschließlich Immobilien und abzüglich Verbindlichkeiten bei rund 51.000 Euro liegt, liegt das der Italiener bei 174.000 Euro. Die Spanier sind sogar noch wohlhabender: Sie kommen auf ein durchschnittliches Pro-Kopf-Vermögen von rund 183.000 Euro. Das ergab eine Studie der EZB. Ihr Kommentar?

Dr. Carsten Brodesser: Dass Deutschland bei dem durchschnittlichen Vermögenswert auf der vorletzten Position liegt, hat ein Stück weit mit unserer Geschichte zu tun. Durch den Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland ein erheblicher Wohn- und

Gebäudebestand vernichtet. Zudem gelten wir als eine traditionelle Mieternation. Die durchschnittliche Verteilung von Immobilienvermögen liegt in Deutschland bei knapp über 40 Prozent, in den Südländern Italien und Spanien bei über 80 Prozent. Dagegen haben die Deutschen höhere Anwartschaften aus den drei Säulen unseres Rentensystems. Das ist die eine Seite der Medaille. Zur anderen Seite der Medaille gehört aber die Frage nach dem Lebensstandard. In Deutschland sind die Löhne höher und vielfach die Preise des täglichen Bedarfs niedriger als in den Südländern. Und das zählt für mich zum gefühlten Vermögen hinzu. Dem Schweizer Kommentator, der die EU mit einem Kreditkartenkonto verglichen hat, möchte ich entgegnen, dass Deutschland am allermeisten von der Europäischen Union profitiert hat. Ohne den europäischen Binnenmarkt, und damit dem freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen, ginge es vielen Unternehmern und Arbeitnehmern deutlich schlechter.

? Der bekannte Finanzexperte Frank Walter von der Ersten Finanz- und Vermögensberatung prognostiziert eine Euro-Währungsreform, die nach seinen Worten 90 Prozent der Geldwerte vernichten könnte. Teilen Sie Walters Befürchtungen?

Dr. Carsten Brodesser: Diese Befürchtung teile ich nicht. Wenn Sie sich die Währungsparitäten zwischen dem Euro, dem Dollar und dem Yen anschauen, werden Sie feststellen, dass der Euro im Verhältnis zu den Leitwährungen außerordentlich stabil ist. Was mir Sorge bereitet, ist die expansive Geldpolitik der EZB. Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Null-Zins-Politik nicht gemacht wurde, um die Währung oder das Preisniveau zu stabilisieren und um die Wirtschaft anzukurbeln, sondern um die Staatshaushalte in Südeuropa finanzierbar gestalten zu können. Dass die EZB den Straf-

zins für Bankeinlagen jetzt noch einmal erhöht hat, halte ich für nicht sonderlich hilfreich. Ein Unternehmer investiert nicht deshalb, weil der Zinssatz niedrig ist, sondern er investiert immer dann, wenn er ein neues Produkt auf den Markt bringen will, oder wenn seine Produktionskapazitäten ausgelastet sind. Deshalb war es und ist es in meinen Augen eine Scheindiskussion, wenn Mario Draghi sich hinstellt und sagt, mit seiner Politik würde man expansive Impulse an die Wirtschaft geben. In Wirklichkeit ist seine Intention, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal zu ermöglichen, sich zu refinanzieren. Mit dieser Politik muss jetzt bald Schluss sein, weil sie selbst dem kleinsten Sparer seine Altersvorsorge entwertet.

? Vor allen politischen Systemen ist das demokratische System das strukturell labilste, weil es mit dem Engagement seiner Bürger steht und fällt. Um Ex-Bundestagspräsident Lammert zu zitieren: „Die Demokratie ist gefährdet, wenn wir sie für selbstverständlich halten. (...) Und dass wir in Deutschland die Demokratie für selbstverständlich halten, ist mein sicherer Eindruck.“ Was läuft falsch in Deutschland?

Mit Carsten Brodesser sprachen Hans-Peter Murmann und Axel Hülsebusch

Dr. Carsten Brodesser: Norbert Lammerts Eindruck ist auch mein Eindruck. Ich beobachte zudem eine bedenkliche Entwicklung, die ich als Vollkaskomentalität bezeichnen möchte. Ich bekomme im Jahr zwischen 1.000 und 1.500 Briefe von Menschen aus meinem Wahlkreis, die mit einem Problem oder einer Forderung an mich herantreten. Wenn man sich dann mit den Menschen persönlich unterhält, oder mit ihnen korrespondiert, gewinne ich vielfach den Eindruck, dass diese Bürger alles für selbstverständlich erachten und dass die Politik verpflichtet ist, ihr persönliches Anliegen zu realisieren. Wenn das aus guten Gründen nicht möglich ist, greift Politikverdrossenheit um sich, die dann vielfach über Meinungsportale transportiert wird. Dabei vergessen diese Menschen, wie gut es uns in Deutschland geht. Ich kann nur jedem empfehlen, einmal in Länder zu fahren, in denen es keine demokratischen Strukturen gibt, in denen die freie Berufsausübung, die freie Meinungsäußerung, die Reisefreiheit und sonstige Grundrechte eingeschränkt sind. Insofern hat Norbert Lammert Recht. Wir müssen Demokratie immer wieder neu propagieren und neu erklären. ■

Fotos: Bettina Ausserhofer

